



# HESSISCHER LANDTAG

20. 06. 2023

Plenum

## Antrag

### Fraktion der SPD

#### **Hessen zum Bildungsland Nr.1 machen – Herausforderungen angehen statt Verantwortung abzuschieben und Probleme schönzureden**

Der Landtag wolle beschließen :

1. Der Landtag stellt fest, dass Hessen das Potenzial hat, zum Bildungsland Nr. 1 in Deutschland zu werden. Er bedauert, dass in nahezu einem Vierteljahrhundert, in denen die CDU Regierungsverantwortung getragen hat, sich Hessen bei keinem einzigen Bildungsvergleich und in keinem einzigen Bildungsbereich aus dem Mittelfeld an die Spitze setzen konnte. Beim letzten INSM-Bildungsmonitor 2022 zur Qualität der Bildungssysteme belegte Hessen wieder wie im Vorjahr nur Platz 7.
2. Der Landtag unterstützt das Ziel, unser Bildungssystem resilient aufzustellen. Es darf nicht sein, dass Pandemien oder der Zuzug von geflüchteten Schülerinnen und Schülern das System derart aus der Bahn werfen. Seit 24 Jahren ist in Hessen alles rund um Bildung auf Kante genäht. Schulen brauchen Spielräume und Puffer, um gerade auch bei Krankheitstagen gerüstet zu sein. Der Landtag fordert eine echte Vertretungsreserve durch Fachkräfte aufzubauen, anstatt immer mehr Laien zu Lehrkräften zu machen, ohne sie zu qualifizieren.
3. Der Hessische Landtag stellt fest, dass Bildung in Hessen seit mehr als 24 Jahren nur verwaltet, aber nicht gestaltet wird und viele Probleme daher zugenommen haben. Vor 24 Jahren versprach die CDU Hessen im Wahlkampf, den Unterrichtsausfall zu beenden und eine Unterrichtsgarantie. Doch anstatt Herausforderungen anzugehen, werden Probleme wie Lehrermangel, Unterrichtsausfall und Sanierungsstau entweder schöngebetet, wechselseitig auf die Schulträger oder den Bund geschoben oder einfach ignoriert, indem darauf verwiesen wird, es lägen keine Daten vor. Die Arbeitsverweigerung an der Spitze des Kultusministeriums muss beendet werden. Hessen braucht einen Bildungsaufbruch. Unterrichtsausfall muss beendet werden.
4. Der Landtag fordert das Schönreden zu beenden, eine offene, ehrliche und faktenbasierte Diskussion zu führen, wozu dann auch mehr Daten erhoben werden müssen. Hessen braucht einen eigenen Bildungsbericht und eine Bedarfserhebung zum Schulbau, um Land und Schulträger in die Lage zu versetzen, den Investitionstau zu beenden und als Grundlage für ein entsprechendes Investitionsprogramm. Das Ziel lautet gleiche Lehr- und Lernbedingungen im ganzen Land, anstatt an einer Schule alle zehn bis 20 Jahre mit einem vorbeifahrenden Truck einmal zu zeigen, wie modern Schule aussehen könnte.
5. Der Landtag ist davon überzeugt, dass Bildung nicht mit dem Schuleintritt beginnt. In Kindertagesstätten wird die Basis für den späteren Bildungsweg gelegt. Frühkindliche Bildung und Förderung ist entscheidend dafür, dass alle Kinder vor der Einschulung über möglichst gute und gleiche Startchancen verfügen. Angesichts eines Fachkräftemangels – bis 2030 fehlen insgesamt 27.000 Erzieherinnen und Erzieher in Hessen –, der seit Jahren bekannt, aber nicht angegangen wurde, sieht die Zukunft künftiger Kita-Kinder düster aus. Der Landtag fordert, dass frühkindlicher Bildung höchste Priorität eingeräumt wird und endlich langfristige Maßnahmen ergriffen werden. Hierzu zählen unter anderem der Ausbau der Kapazitäten an den Fachschulen und eine vollständige Schulgeldfreiheit.

6. Der Landtag stellt fest, dass die Ganztagserschullandschaft in Hessen einem Flickenteppich gleicht. Zwar ist die Zahl der Schulen mit Betreuungsangeboten gestiegen, aber der Ganztagsunterricht in rhythmisierter Form, der mehr Zeit für gemeinsames Lernen, für zusätzliche Förderung, für ein soziales Miteinander und für Projekte, die über den Unterrichtsstoff hinausgehen, ermöglicht, ist noch immer eine Rarität. In den 24 Jahren ist die Zahl der echten Ganztagsgrundschulen mit verbindlicher Betreuung an fünf Tagen von vier auf 14 bis zum Schuljahr 2022/23 gestiegen.

Die Landesregierung wird aufgefordert, dem Landtag die Zahlen der Bedarfserhebung der Schulträger vorzulegen und anhand dieser die Planungen des Landes zu erläutern. Der Landtag fordert zudem ein Sonder-Investitionsprogramm zur Unterstützung der Schulträger aufzulegen, um die räumlichen Voraussetzungen für die Umsetzung zu schaffen. Noch immer ist völlig ungewiss, ob Hessen in 2026 über ausreichend Plätze und Personal verfügt, um den Rechtsanspruch auf ganztägige Bildung und Betreuung zu erfüllen.

7. Der Landtag fordert einen Plan zu entwickeln, wie Bildung und Betreuung in Hessen schrittweise gebührenfrei werden kann. Von klein auf bis zum Meister oder Master muss Bildung für alle kostenfrei zur Verfügung stehen. Das entlastet Familien und ist eine gute Investition in die Zukunft und unsere Demokratie. Bisher gilt die Lernmittelfreiheit in Bezug auf Schulbücher und Lernsoftware. Der Landesregierung wird aufgefordert, eine vollständige Lernmittelfreiheit digital herzustellen, damit auch digitale Endgeräte, die zur Nutzung der Software unerlässlich sind und im Unterricht vielfältig eingesetzt werden, für alle Schülerinnen und Schüler als Leihgabe zur Verfügung stehen.

Der Landtag fordert außerdem ein kostenloses Ticket für alle Schülerinnen und Schüler bis zur Erlangung ihres Schul- oder Berufsabschlusses. Die im Schulgesetz verankerte Erstattungsregelung ist nicht mehr zeitgemäß und ungerecht, weil ein Teil der Schülerinnen und Schüler das Schülerticket auch nachmittags, am Wochenende und für außerschulische Aktivitäten in der Unterrichtszeit umsonst nutzen kann, während der andere Teil 365 Euro zahlen muss.

8. Der Landtag fordert von einer Landesregierung, dass sie Verantwortung für inklusive, ganztägige und digitale Bildung übernimmt und diese Themen voranbringt und eine klare Haltung hat, Schulentwicklung zu unterstützen. Nur Komplementärmaßnahmen für Bundesprogramme zur Verfügung zu stellen und sich konzeptionell auf Schulen und umsetzungstechnisch auf Schulträger zu verlassen, verstärkt die ohnehin schon bestehende Ungleichheit der Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen, die primär immer noch von Einkommen, Herkunft und Bildungsstand der Eltern abhängen. Eine Landesregierung muss gezielt dort investieren, wo die Herausforderungen am größten und die Chancen am geringsten sind. Hessen braucht einen schulscharfen und wirksamen Sozialindex.

9. Der Hessische Landtag kritisiert, dass die Bildungspolitik in den letzten 24 Jahren unflexibel war und wichtige Impulse von Bildungsverbänden, wie etwa der „Landesschüler\*innenvertretung“, nicht aufgegriffen wurden. Der Landtag spricht sich dafür aus, Bildungswege stärker zu individualisieren, um allen Schülerinnen und Schülern einen erfolgreichen Schul- oder Berufsabschluss zu ermöglichen. Der Landtag fordert die flexible Einstiegsstufe auszubauen und einen Modellversuch zur modularisierten Oberstufe zu starten, damit Schülerinnen und Schüler im eigenen Tempo in zwei, drei oder vier Jahren das Abitur absolvieren können.

10. Der Landtag kritisiert, dass die Umsetzung der Inklusion an den hessischen Regelschulen in den letzten 24 Jahren kaum vorangekommen ist. Nach zehn Jahren der Stagnation hat die Einführung inklusiver Schulbündnisse 2016 Hoffnungen geweckt. Zwar ist dort das sonderpädagogische Personal fest maximal zwei Schulen zugeordnet, doch fehlt auch hier oft das fachliche Personal, um die Stellen zu besetzen. Die zunehmende Bedarfssituation findet noch keine Berücksichtigung in der Ressourcenzuteilung. Die Versorgung der Schulen wird aufgrund des Fach- und Lehrkräftemangels und von Unterbesetzung durch Ausfälle und personelle Engpässe nicht flächendeckend in vollem Umfang gesichert.

Der Landtag fordert einen Masterplan Inklusion, weil Inklusion eine Querschnittsaufgabe ist, die sich auf verschiedene Stellen, wie Träger, Ämter, Ministerien, verteilt. An jeder Schule sollte eine sonderpädagogische Ressource als Unterstützungsleistung für alle Schülerinnen und Schüler vorhanden sein, ebenso wie Teilhabehilfen. Schulpsychologie und Schulsozialarbeit muss kontinuierlich weiter ausgebaut werden, anstatt nur bei Bedarf kurzfristig Stellen aufzustocken. Hessen braucht einen Plan und muss sonderpädagogisches Fachpersonal verstärkt ausbilden.

11. Der Landtag fordert, den Fach- und Lehrkräftemangel nicht weiter auf die leichte Schulter zu nehmen und Versagen nicht weiter schönzureden. Die Studienplatzkapazitäten sind zu spät und nicht in dem Maße ausgebaut worden, wie es erforderlich gewesen wäre. Seit Jahren herrscht gravierender Personalmangel in den Schulämtern, werden Lücken in Mangelfächern, aber auch an Grund- und Förderschulen, mit Vertretungskräften gestopft. Hessen muss mehr Anreize setzen, um Fach- und Lehrkräfte zu gewinnen. Das können die Abschaffung von Gebühren für vollzeitschulische Ausbildungen, der kostenfreie Meister, Gehaltsanreize, bessere gesellschaftliche Anerkennung und Wertschätzung für den Lehrerberuf, mehr Lehrstühle und neue Lehrkonzepte sein.
12. Schulen brauchen Entlastung und klare Vorgaben. Der Landtag fordert, endlich zur Entlastung der Lehrkräfte bei der Vorbereitung und Umsetzung des Unterrichts eine ausreichende Lehrerversorgung sowie sozial-, psychosozial-, psychologische und sonderpädagogische Ressourcen zur Unterstützung bereit zu stellen. Schulleitungen müssen grundsätzlich durch Verwaltungsfachkräfte unterstützt und mehr Deputate für Leitungs- und Koordinierungsaufgaben erhalten.

Der Landtag ist überzeugt davon, dass das Kultusministerium eine wissenschaftliche Studie zur Lehrerarbeitszeit in Auftrag geben sollte, um die Diskrepanz zwischen tatsächlich geleisteter Arbeitszeit und Pflichtstundensoll zu erfassen und sich nicht auf Hörensagen zu verlassen. Vielmehr müssen Überlastungsanzeigen ernst genommen und auch analysiert werden, weil es nicht um Einzelfälle geht, sondern um strukturelle Probleme. Gute Bildung wird wieder möglich, wenn Lehrkräfte gesund und motiviert am Arbeitsplatz ihre Aufgaben bewältigen können. Hessen braucht ein Institut für Lehrkräftegesundheit.

13. Der Landtag begrüßt die Einführung von A13 für Grundschullehrkräfte in Hessen und bedauert, dass die Regierungskoalition sich entschieden hat, die volle Höhe erst zum Schuljahr 2028 zu zahlen. Der Landtag fordert die Endstufe schon für 2026. Der Landtag nimmt zur Kenntnis und kritisiert, dass die Bezahlung von Lehrkräften in den Sommerferien noch immer nicht für alle gilt. In Hessen muss Sommerferienarbeitslosigkeit von Lehrkräften beendet werden.
14. Der Lehrkräftemangel ist die aktuell größte Herausforderung, die gemeinsame Kraftanstrengungen von Hochschulen, Studienseminaren, Gewerkschaften und Land erfordern. Der Hessische Landtag fordert die Landesregierung nachdrücklich auf, zu garantieren, dass alle Studienabsolventinnen und -absolventen des Lehramts, einen Platz im Vorbereitungsdienst erhalten, den Quereinstieg erleichtern, die an den Schulen eingesetzten Quereinsteiger und Quereinsteigerinnen zu qualifizieren. Als weitere Maßnahme fordert der Landtag, die Durchlässigkeit zwischen den Studiengängen zu erhöhen.
15. Der Landtag kritisiert, dass es in Hessen an einem Gesamtkonzept für digitales Lehren und Lernen fehlt und die Schulung bzw. Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften in diesem Bereich sehr schleppend läuft. Der Stand der Digitalisierung der hessischen Schulen gleicht weitgehend einem Flickenteppich, weil die Landesregierungen bis zu Pandemie nicht einmal die Internetanbindung von Schulen auf dem Schirm hatte und Ausstattung für digitale Bildung, etwa Endgeräte für Lehrkräfte, nicht einmal als Arbeitsgeräte betrachtet wurden. Besonders augenfällig wurde dies in der Phase der Schulschließungen.

Der Hessische Landtag fordert, ein „Zentrum für Bildung in der Digitalen Welt“ in Hessen einzurichten, Supportstrukturen für Schulen aufzubauen, hessenweit zu gewährleisten, dass aktive Lehrkräfte und sonstiges Lehrpersonal allesamt regelmäßig Gelegenheit und Zeit erhalten, um im Rahmen der fortlaufenden beruflichen Weiterbildung ihre digitalen Kompetenzen weiterentwickeln und ausbauen und Bildungs- und Sensibilisierungsmaßnahmen, insbesondere für Kinder und Jugendliche, zu ergreifen, um sie besser zu schützen und im Umgang mit digitalen Medien und KI zu schulen.

16. Der Landtag spricht sich dafür aus, Griechisch und Türkisch als versetzungsrelevante Fremdsprachen an den weiterführenden Schulen anzubieten, um sie als Zweit- und Fremdsprache zu stärken. Unser Schulsystem muss widerspiegeln, dass wir ein Einwanderungsland sind. Zuwanderung wird es immer geben. Entsprechende digitale Konzepte, die es auch ohne deutsche Sprache ermöglichen schon am Fachunterricht teilzunehmen.

Die Stärkung bildungs-, fach- und berufssprachlicher Kompetenzen für alle Jugendlichen und jungen Erwachsenen führt zu mehr Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit. Der Landtag fordert daher, sprach- und kultursensibles Arbeiten im Unterricht zu fördern und den Erwerb interkultureller Kompetenzen zu stärken.

17. Der Landtag kritisiert, dass die berufliche Bildung seit langem ein Schattendasein in Hessen führt und die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung viel zu oft nur in Sonntagsreden Erwähnung findet oder beides gegeneinander ausgespielt wird. Dies kommt auch in dem Bedeutungsverlust des zuständigen Referats im Ministerium zum Ausdruck, in dem dauerhaft hoher Mangel an qualifizierten Berufsschullehrkräften ebenso wie in den konzeptionellen Planungen. Statt die Zuständigkeiten für Berufsausbildungen auf drei Ministerien zu verteilen, sollte sie gebündelt werden und die Gleichwertigkeit zum akademischen System deutlicher kommuniziert und real umgesetzt werden. Das aktuelle Projekt „Zukunftsfähige Berufsschule“ muss gestoppt und zunächst ein Runder Tisch zu Möglichkeiten der Weiterentwicklung des Berufsschulsystems eingerichtet werden.

Der Landtag fordert, die Berufsschulen zu stärken und in der Fläche zu erhalten. Um künftig besser mit den Entwicklungen in der Arbeitswelt Schritt zu halten, brauchen wir flexible und gut ausgestattete Schulen. Eine zukunftsweisende Sanierung und Modernisierung, die auch ein Augenmerk auf Barrierefreiheit legt, ist durchzuführen. Zur Infrastruktur gehört ebenfalls die kostenfreie Erreichbarkeit der Ausbildungsorte. Dem Lehrkräftemangel an den Berufsschulen muss vorausschauend und mit guten Anreizen begegnet werden.

Der Landtag fordert außerdem, das Modellprogramm BÜA (Berufsfachschule zum Übergang in Ausbildung), das im Schuljahr 2021/22 um weitere vier Jahre verlängert wurde, zu evaluieren.

18. Damit Schülerinnen und Schüler in der Lage sind, sich entsprechend ihrer Interessen und Stärken zwischen den verschiedenen Bildungswegen zu entscheiden, ist es wichtig, dass eine frühzeitige, flächendeckende und in allen Schulformen durch qualifizierte Lehrkräfte und in enger Kooperation mit der Bundesagentur für Arbeit und den Kammern Berufsorientierung erfolgt. Der Landtag fordert, dass Schülerinnen und Schüler fit für Leben und Beruf gemacht werden, Verbraucher- und Rechtsbildung, Bildung für nachhaltige Entwicklung und dazu ein neu konzipiertes, schulformübergreifendes Fach Arbeitslehre mit dafür qualifizierten Lehrkräften flächendeckend und in allen Schulformen – auch an Gymnasien – angeboten wird.
19. Der Hessische Landtag stellt fest, dass demokratiefeindliche, gesellschaftsspaltende Kräfte nicht erst seit der Pandemie, sondern schon seit vielen Jahren Zulauf erhalten. Der Landtag ist fest davon überzeugt, dass politische Bildung und Demokratielernen in und außerhalb der Schule eine Schlüsselfunktion bei der Prävention von Rechtsextremismus und Demokratiefeindlichkeit zukommt. Politische Bildung muss gesellschaftliche Themen aufgreifen und Schülerinnen und Schüler in ihrer Lebenswelt abholen, um Politikverdrossenheit vorzubeugen und die Demokratiefähigkeit zu stärken.

Die Landesregierung wird aufgefordert, die Beteiligungsmöglichkeiten von Schülerinnen und Schülern innerhalb der Schule und im Unterricht auszubauen, schulinterne Partizipationsmöglichkeiten zu schaffen und eine gleichberechtigte Besetzung der Schulkonferenz der Sekundarstufe durch Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler sowie Eltern zu jeweils einem Drittel herbeizuführen.

In Hessen müssen künftig in allen weiterführenden Schulformen die Themen Transformation, Finanzen rund um Mietverträge, Steuererklärung, Leben und Arbeiten in der digitalen Welt und vieles mehr zur selbstständigen Lebensführung behandelt werden. Hessen hat diesbezüglich einen großen Nachholbedarf.

Der Landtag kritisiert, dass das Ende 2023 auslaufende Hessische Weiterbildungsgesetz (HWBG) offenbar nicht mehr in dieser Legislaturperiode überarbeitet und angepasst werden soll. Damit wird in dieser Legislaturperiode eine wichtige Chance vertan, die Erwachsenen- und Weiterbildung auf eine solide Basis zu stellen. Die Finanzierungsgrundlage der Unterrichtsstunden ist seit 23 Jahren unverändert und daher schon lange nicht mehr zeitgemäß. Der Landesanteil an der Förderung der Träger der Erwachsenenbildung beträgt gerade einmal sechs Prozent. Auch fehlt ein fester Personalkostenanteil, weil die Finanzierung von Stellen befristet über Projekte erfolgt.

20. Der Landtag fordert eine solide und auskömmliche Grundförderung mit zeitgemäßer Finanzierungsgrundlage. Die Grundförderung muss Digitalisierung, Grundbildung, Alphabetisierung und politische Bildung umfassen. In Hessen sind mehr niedrigschwellige Angebote, mehr aufsuchende Bildung, mehr Außenstellen gerade im ländlichen Raum erforderlich, um die Ausweitung von Angeboten zu erreichen und eine Ausdünnung zu vermeiden. Hessen braucht die Angebote von Volkshochschulen und Weiterbildungsträgern für alle und überall. Denn auch für die Bekämpfung des Fachkräftemangels sind berufliche Fort- und Weiterbildung sowie lebenslanges Lernen wichtige Puzzleteile.

**Begründung:**

Bildungseinrichtungen – von der Kita bis zur Hochschule – verändern sich ständig und haben sich in den letzten 20 Jahren erheblich verändert. Wichtige Herausforderungen wurden nicht angegangen, Veränderungen nur auf Druck, wie A13, oder in homöopathischen Dosen, wie in der Lehrkräftebildung, verabreicht. Die einzige strukturelle Reform in 24 Jahren war die Abschaffung der Hauptschule als eigenständige Schulform 2015 bei gleichzeitiger Beibehaltung des Schulzweigs an Gesamtschulen und verbundenen Schulen.

Hessen muss alle Potenziale nutzen, um in Zukunft besser aufgestellt zu sein. Der Ganztags in Kita und Schule ist einer der wichtigsten Beiträge für mehr Chancengleichheit, aber auch für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Ganztagsbeschulung ist ein entscheidender Baustein, um dem Fachkräftemangel zu begegnen. Zu viele Menschen können ihrer Profession nicht vollumfänglich nachgehen, weil es nicht genügend Plätze gibt oder vorhandene Plätze zu teuer sind.

Gerade in Hessen spielen Transformationsthemen wie Digitalität, Globalisierung, Klimawandel, Demokratisierung und Nachhaltigkeit von Lebens- und Wirtschaftsstrukturen eine immer größere Rolle und beeinflussen gerade auch die Bildungsinfrastruktur, machen die Entwicklung und Überarbeitung von Konzepten und Curricula erforderlich. Es wäre hochgradig verantwortungslos und sozial ungerecht, die Transformation nicht anzugehen. Nach zwei verlorenen Jahrzehnten des bildungspolitischen Reformstaus und Stillstands braucht es einen Aufbruch, damit Hessen Bildungsland Nr. 1 wird.

Des Wahlkampfs wegen tausende Stellen zu schaffen, die ohnehin nicht besetzt werden können, ist sinnlos, wenn es keine qualifizierten Bewerberinnen und Bewerber gibt. Solche falschen Versprechungen sind genauso unsinnig, wie von einer 104, 105 oder sogar 130 %igen Lehrerversorgung zu sprechen, wenn über 10.000 Stellen in Hessen mit Personen ohne Lehrbefähigung besetzt sind. Vertretungskräfte an Schulen dürfen nicht bloß Lückenfüller sein, sie brauchen Wertschätzung und Perspektiven durch Qualifizierung. Die kommende Wahlperiode muss bildungspolitisch in erster Linie davon geprägt sein, den Fachkräftemangel zu beheben.

Wiesbaden, 20. Juni 2023

Der Fraktionsvorsitzende:  
**Günter Rudolph**